

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 5 (1913)
Heft: 11

Artikel: Die Eisenbahner zum Fabrikgesetz
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-350088>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

derselben Gegend nur 4,8 Prozent. Als Folge der Blutarmut und des langen Sitzens sind bei den Arbeiterinnen häufige Erkrankungen der Geschlechtsorgane zu finden. Auf je 1000 Textilarbeiterinnen kommen 5,1, auf je 1000 Tabakarbeiterinnen 10,4 Erkrankungen der Geschlechtsorgane. Ferner kommen auf 1000 Textilarbeiterinnen 1,2, auf 1000 Tabakarbeiterinnen 3,8 Brustdrüsenkrankungen.

Die Verdauungskrankheiten, wie die Krankheiten der Atmungsorgane sind als Berufskrankheiten zu betrachten. Von 100 Tabakarbeitern litten 20,7 an Magen- und Darmstörungen, von den andern Arbeitern nur 11,5 auf 100.

Es ist nachgewiesen worden, dass bei den Tabakarbeitern durch die Wirkung der Tabakgifte die Magensaftmenge vermindert ist.

Die Einatmung des Tabakstaubes ist die Ursache der chronischen Nasen-, Rachen-, Kehlkopf- und Bronchialkatarrhe, die bei den Tabakarbeitern sehr verbreitet sind. Blutarmut und Magenleiden bilden eine günstige Vorstufe der Tuberkulose. Chronische Nasen-, Rachen- und Bronchialleiden wirken in demselben Sinne. Die fortgesetzte Staubschädigung erzeugt kleine Schleimhautdefekte, und damit ist die Möglichkeit zur Einsiedlung des Tuberkelbazillus gegeben. Die weitere Ausdehnung der Tuberkulose wird noch durch die Mitarbeit von Lungenkranken, die in grosser Zahl in den Tabakfabriken tätig sind, gefördert. Zur Verminderung der Tuberkulose ist die möglichste Staubbeseitigung, das Verbot des Ausspuckens auf den Fussboden und eine grössere Entfernung der einzelnen Sitzplätze nötig. Auf jede Person müssen mindestens 10 Kubikmeter Luftraum kommen.

Nun ist es klar, dass die Durchführung aller derjenigen Massnahmen, die geeignet sind, die schädlichen Wirkungen des Tabakberufes zu mildern, nur auf dem Wege des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes zu erreichen sind. Darum sollte es einerseits die Aufgabe der organisierten Tabakarbeiter sein, neue Mitglieder der Organisation zuzuführen, andererseits sollen die Arbeitervertreter in den Parlamenten bemüht sein, auf dem Wege der Gesetzgebung eine Besserung der Verhältnisse herbeizuschaffen.

Dr. med. *Fanny R.*



Lohnbewegungen und wirtschaftliche Kämpfe in der Schweiz.

Die Ausländerhetze im Kampf der Lederarbeiter in Bern

treibt im gegenwärtigen Streik der Sattler in Bern wieder einmal sonderbare Blüten. In der illu-

strierten Sattler- und Tapeziererzeitung, dem obligatorischen Organ des Sattlermeisterverbandes, werden die Ausländer als Ursache des Streiks hingestellt. Es wird da von « ausländischen Hetzern », von « ausländischen Wühlbrüdern », von « Wühlhubern », « zugelaufenen Wiener Herren » usw. berichtet und dabei Arbeiter, deren langjähriger Aufenthalt in der Schweiz weder den Behörden noch den Meistern Anlass zu Klagen bot, in einer elenden, unverantwortlichen Weise denunziert. Es wird in der Meisterzeitung auch empfohlen, diese Gelegenheit zu benützen und die Werkstätten von ausländischen Elementen zu säubern.

Während nun die Meister auf der einen Seite so gegen die Ausländer hetzen, suchen sie anderseits im Auslande wieder Arbeiter bei dauernder Jahresstelle. So wird uns von Wien folgendes berichtet:

« Gebe Ihnen bekannt, dass die Wiener Leder-galanteriewaren-Firma Seisser in der Arbeiterzeitung eine Annonce einschalten lassen wollte, und zwar folgenden Inhalts:

Gesucht selbständig arbeitender Taschner, der auch auf Leder-Suit-Case eingearbeitet ist sowie auch das Mustermachen versteht. Nur ganz tüchtige Kraft kann berücksichtigt werden bei hohem Lohn und angenehmer, dauernder Jahresstellung. Tüchtiger, selbständig arbeitender Koffermacher auf Rohrplatten-, Bügel- und Musterkoffer sowie in einschlägige Reparaturen eingearbeitet. Offerten unter Zeugnisbeilage an die Firma: *O. Berger-Stalder*, Bern (Schweiz), Spezialgeschäft für feine Lederwaren und Reiseartikel.»

Aehnliche Inserate sind auch in Berlin erschienen, um unter goldenen Versprechungen auch deutsche Arbeiter nach Bern zu lotsen. Die Meister gestehen damit ein, dass sie gehörig im Pech sind und die Ausländer nicht jene Hetzer sind, als die sie in der Scharfmacherpresse bezeichnet werden. Die gemeine Denunziation verfolgte wohl nur den Zweck, den Streik in Misskredit zu bringen und die Polizei gegen die Streikenden scharf zu machen.

J. St.



Die Eisenbahner zum Fabrikgesetz.

Das erweiterte Zentralkomitee der Arbeiterunion Schweiz. Transportanstalten hat in seiner letzten Sitzung zum Entwurf für das neue Fabrikgesetz Stellung genommen. In erster Linie wurde der Wunsch ausgesprochen, dass schliesslich doch noch das Postulat des *uneingeschränkten Zehnstundentages* zum Durchbruch gelangen werde. Mit Rücksicht auf eine spätere Revision des Arbeits- und Ruhetagsgesetzes ist dies von Bedeutung.

Dann beschäftigte sich das Komitee mit der in Artikel 31 vorgesehenen neuen *Werkstättekommission*, welche auch für die Werkstätten der Bundesbahnen die Rolle eines Zwischengliedes zwischen Personal und Verwaltung spielen und nach den Intentionen der Schöpfer der neuen Institution eine gründlichere Untersuchung, ferner eine raschere Erledigung von Beschwerden des Arbeiterpersonals herbeiführen soll. Das Zentralkomitee des schweizerischen Eisenbahnarbeiterverbandes nahm gegen die Artikel 31 und 32 Stellung, soweit sie sich auf die Werkstätten der Bundesbahnen beziehen. Zunächst wurde im allgemeinen der Wert der bereits bestehenden Arbeiter- und Werkstättekommissionen in Abrede gestellt. Durch die *geringen Kompetenzen*, welche ihnen von der Verwaltung eingeräumt wurden, seien sie zur Bedeutungslosigkeit degradiert worden, so dass in einigen Werkstätten die Arbeiter sich weigern, die notwendigen Wahlen zu treffen. Der neuen Werkstättekommission könne man nun schon gar keinen Wert beimessen, weil in derselben das an der betreffenden Streitfrage interessierte Personal nur durch zwei Vertrauensmänner vertreten sein werde, und weil nach wie vor die Generaldirektion, eventuell der Bundesrat entscheide. Infolgedessen komme dieser Werkstättekommission nach keiner Richtung irgendeine schiedsgerichtliche Mission zu. Wohl aber sei zu befürchten, dass durch die Einfügung dieses neuen Gliedes in den Organismus der Bundesbahnen Komplikationen entstehen würden. Vor allem sei die *Ausschaltung der Arbeiterorganisation* in Fragen zu befürchten, welche bisher durch die Organe des Verbandes bei den Verwaltungsinstanzen anhängig gemacht wurden. Das Personal der Werkstätten der Bundesbahnen sei über seine Meinung zu der neuen Werkstättekommission nicht befragt worden. Wenn im Nationalrat erklärt wurde, man erfülle damit einen Wunsch der Arbeiterschaft, so könne sich das nur auf die Arbeiter der Militärwerkstätten beziehen.



Aus Eisenbahnerkreisen.

Wenn wir in letzter Zeit die Fachorgane der Eisenbahner durchgehen, so müssen wir die Wahrnehmung machen, dass ein Feuerlein zu entfachen droht, welches für die Feuerwehr der Bundesbahn einen nicht geahnten Umfang annehmen könnte. Verschiedene Umstände bilden die Ursache dieser Unzufriedenheit. Vorerst die Herausgabe des neuen Bekleidungsreglementes, welches schon Jahre auf sich warten lässt, dann die Ausrichtung einer Nachtdienstentschädigung. Dieses Postulat glauben wir nicht näher begründen zu müssen, da ein jedes Privatgeschäft die Nachtarbeit besser be-

zahlen muss und zudem die übrigen Bundesangestellten schon längst eine Nachtdienstentschädigung beziehen. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig, das sind die berechtigten Gedanken eines Bundesbahners. Ein Hauptgrund aber zur Unzufriedenheit des Personals bilden die mörderischen Diensterteilungen. Diensttouren von morgens 4 Uhr bis 7 Uhr oder von 5 bis halb 9 Uhr abends wiederholen sich täglich, ebenso 8 und weniger Stunden Nachtruhe vom Dienstschluss bis zum Wiederbeginn des Dienstes. Während man auf den Bureaux der Verwaltung sich mit 8 und weniger Stunden Arbeit begnügt, und diese Arbeitszeit als genügend betrachtet, glaubt man, das Personal des gefährlichen Betriebsdienstes mit anormalen Dienstzeiten in den Tod zu jagen. Dienstbereitschaften von 20 Stunden sind sogar viele zu verzeichnen, sie haben sich in einzelnen Fällen bis auf 46 Stunden ausgedehnt. Die Arbeiterorganisationen müssen sich nicht verwundern, wenn sich gewissenlose Unternehmer in jeder Hinsicht Ausschreitungen gegen die Arbeiter erlauben, *geht doch Vater Bund in dieser Beziehung rühmlich voran*. Wenn der Bund, respektive das Eisenbahndepartement alle Gesetzesüberschreitungen der Bundesbahnverwaltung schützt, warum sollte ein solches Vorgehen dem profitgierigen Arbeitgeber nicht als Vorbild dienen? Alle Eingaben und Vorstellungen bei der Verwaltung waren bis zur Stunde resultatlos. Man weiss genau, dass nur eine Vermehrung des Personals diese Frage zu lösen vermag. Mehr Personal will man nicht. Ein Einsender in der «Neuen Zürcher Zeitung» hatte ja viel Personal herausgeklügelt, so dass man ja in Bern und anderswo wieder ruhig über diese Personalfrage hinweggehen konnte.

Das Personal als solches aber denkt anders. Es kann diese für ein Staatsinstitut niederträchtige Behandlung nicht mehr länger auf sich nehmen. Es verlangt eine gerechte und menschenwürdige Diensterteilung, eine solche, die ins zwanzigste Jahrhundert und nicht in die Zeit des römischen Sklaventums passt. Das Personal kann verlangen, dass ihm nicht nur Zeit zur Arbeit, sondern auch Zeit zur Ruhe, zur Familienfürsorge, Erziehung der Kinder etc. eingeräumt wird. Wir tun unsere Pflicht, verlangen aber auch unser Recht. Glaubt man in Bern, dem Staate dadurch Genüge zu tun, dass man verhältnismässig junge Männer durch Ueberanstrengung und Ausbeutung in den Tod jagt, Witwen und Waisen hinterlassend, wodurch Gemeinde und Staat grosse Kosten erwachsen? Wenn man in der Leitung unseres Staatswesens auf dieser niedrigen Stufe kulturellen Fortschrittes angelangt ist, dann mögen sie auch die Verantwortung tragen, wenn trotz Art. 202 der Militärorganisation die Bundesbahner «Halt» blasen.